

## Das Prinzip ist wichtiger als die Taktik

### Zur Erinnerung an Walter Fabian (1902-1992)

---

Als Walter Fabian aus seinem Schweizer Exil 1957 *zum* Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ (GMH) berufen wurde, war klar, daß man keinen bequemen Mann für die Leitung des theoretischen Organs des DGB gewählt hatte. Fabians untadeliger Lebensweg war Ausdruck seiner politischen Entschiedenheit, seiner menschlichen und moralischen Integrität. Es konnte kein Zweifel daran bestehen, daß dieser journalistische Kötter der Zeitschrift, die bald nach ihrer Gründung durch einen umstrittenen ersten Chefredakteur ins Gerede gekommen war, seinen Stempel aufprägen würde. Fabian war zeitlebens linker Sozialist, Pazifist, Verfechter der Pressefreiheit. Der Konflikt mit Gewerkschaftsführungen, die zu Kompromissen auch in Grundsatzfragen neigten, war vorprogrammiert.

#### Der Konflikt von 1964

Im Frühjahr 1964 war es soweit: Walter Fabian erklärte seinen Rücktritt als Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“. Unmittelbarer Anlaß dafür war die Kritik des Geschäftsführenden Bundesvorstands des DGB (GBV) an mehreren Beiträgen in der März-Ausgabe 1964 der GMH: Helmut Lindemann hatte sich unter dem Titel „Plädoyer für eine neue Politik“ für die Koexistenz zweier deutscher Staaten und die faktische Anerkennung der DDR ausgesprochen. Manfred Kühn hatte Vergleiche zwischen aktuellen Vorkommnissen bei der FaUschirmjägereinheit von Nagold und Auschwitz gezogen. Schließlich waren die deutschen Unternehmer scharf angegriffen worden („Gegen den Mythos vom freien Unternehmer“). Das war dem GBV Anlaß gewesen, sich von dem „repräsentativsten Organ der Gewerkschaftsbewegung“ (Kömer Stadt-Anzeiger vom 10. April 1964) zu distanzieren.

Die Vermutung hegt nahe, daß es bei diesem Konflikt nicht in erster Linie um ein paar kritische Aufsätze ging. Und bei genauerem Hinsehen stellt sich

heraus, daß der „Fall Fabian“ eine Art Nachhutgefecht in einem langdauernden ideologisch-politischen Konflikt innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung war.

Seit den späten fünfziger Jahren gewann - angesichts eines ungeahnten ökonomischen Aufschwungs („Wirtschaftswunder“) und einer unverhofften politischen Stabilisierung („Kanzler-Demokratie“) - die Diskussion um die Rolle der Gewerkschaften in der Demokratie an Intensität. Zu Beginn der sechziger Jahre standen sich die Verfechter der „Gegenmacht“-Position (zum Beispiel Otto Brenner) und der „Ordnungsfaktor“-Funktion (zum Beispiel Georg Leber) wenn nicht unversöhnlich, so doch unverkennbar gegenüber. Walter Fabian hatte in dieser Konstellation seinen eigenen Platz deutlich markiert: In einer „Betrachtung“ in der „Holzarbeiter-Zeitung“ mit der provokanten Überschrift „Wer vom Ziel nichts weiß ...“ schrieb er im September 1963 - also unmittelbar vor dem außerordentlichen DGB-Kongreß, der ein neues Grundsatzprogramm verabschieden sollte: „Entsprechend dem . . . Sehnen nach Ruhe und Ordnung möchten manche unserer Führer und Theoretiker, daß die Gewerkschaften sich vor allem anderen als „Ordnungsfaktor“ verstehen und verhalten, als ein gesellschaftlicher Faktor, der zwar um Verbesserungen im einzelnen bemüht bleibt, aber diese bestehende Ordnung selbst als die gegebene hinnimmt und bejaht. Hier aber liegt ein verhängnisvoller Denkfehler vor, der sich ergeben muß, wenn man auf die kritische Analyse der gesellschaftlichen Wirklichkeit und auf das ständige Bemühen um saubere Klärung der Begriffe verzichtet“. „Letztes Ziel“ der Gewerkschaften müsse es sein, „etwas Besseres mit herauf führen zu helfen“. Fabians Text rief eine Artikel-Serie in der Zeitung der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erden, „Der Grundstein“ hervor. Der nicht-genannte Autor fragt, welche „Führer und Theoretiker“ Fabian denn konkret meine und mutmaßt, „es sollen offensichtlich viele getroffen werden: Rosenberg, Buschmann, Leber, Stenger und alle diejenigen, die darum bemüht sind, unserem demokratischen Staat gegenüber noch immer bestehendes Mißtrauen abzubauen und so mancherlei Vorbehalte zu überwinden.“ Und schließlich: „Eine solche Auffassung von den Aufgaben und Zielen der Gewerkschaften, wie sie der Kollege Fabian vertritt, halten wir für geradezu verhängnisvoll!“ Diese innergewerkschaftliche Kontroverse, die in der Presse als „fast beispielloser Vorgang in der Geschichte des DGB“ (Stuttgarter Zeitung vom 16. Oktober 1963) charakterisiert wurde, setzte sich beim außerordentlichen DGB-Kongreß Ende November 1963 fort. Dort trat der Vorsitzende der IG Bau-Steine-Erden Georg Leber vehement dafür ein, in dem neuen Grundsatzprogramm unmißverständlich zu formulieren, „daß die Gewerkschaften in den letzten hundert Jahren Erfolg gehabt haben“. Es müsse vermieden werden, sich „in einen antiquierten ideologischen Nebel hineinzumanövrieren, aus dem wir nachher selbst nicht mehr klar hinausschauen können“. Fabian hingegen, der Leber unmittelbar antwortete, legte Wert auf die Feststellung, „daß sich an der grundsätzlichen Stellung der arbeitenden Menschen in der heute immer noch kapitalistischen Gesellschaft in einigen ganz wichtigen Punkten noch nicht

das für uns Entscheidende und Wesentliche geändert hat und sich auch nicht ändern konnte, weil die Grundlagen dieser Gesellschaft in ihrem Unterbau, in ihrer Basis, noch nicht geändert werden konnten."

Fabians Diskussionsbeitrag war zwar alles andere als „ultralinks“, wie er von der Presse gelegentlich eingeordnet wurde, aber die Differenzen gingen offensichtlich wesentlich tiefer als die Wortwahl vermuten läßt.

Das in Düsseldorf beschlossene DGB-Grundsatzprogramm trug zweifellos „Kompromißcharakter“ mit seinem „Nebeneinander von systemkonformen und systemkritischen Programmpunkten“ (Helga Grebing) und war insofern auch Ausdruck des Verhältnisses der politische Kräfte innerhalb der Gewerkschaften. Aber der deutliche Bezug auf eine planbare „moderne Industriegesellschaft“, in der die Gewerkschaften eine gestaltende und stabilisierende Funktion haben, ist unverkennbar.

In der Präambel des DGB-Grundsatzprogramms von 1963 findet sich die Forderung nach „Selbstbestimmung ... für das deutsche Volk“; die Wiedervereinigung Deutschlands wird als „Voraussetzung für eine friedliche Ordnung Europas“ bezeichnet. Georg Leber konnte sich darauf berufen, als er Ende März 1964 einen harschen Brief an den DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg schrieb, in dem er die Veröffentlichung des erwähnten Artikels von Lindemann anprangerte: „Lindemanns ‚Plädoyer für eine neue Politik‘ in den gewerkschaftlichen Monatsheften‘ abzdrukken, stellt meines Erachtens einen schweren Verstoß gegen die Beschlüsse und Politik des DGB dar. Eine solche Art der Redaktionsführung schädigt das Ansehen des DGB und ist geeignet, in der Öffentlichkeit Zweifel in die Glaubwürdigkeit politischer Stellungnahmen des DGB aufkommen zu lassen. Ich halte es darum für dringend notwendig, 1. daß der Bundesvorstand des DGB die Veröffentlichung des Artikels von Lindemann mißbilligt, 2. die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit die gewerkschaftlichen Monatshefte‘ künftig entsprechend den Beschlüssen des DGB redigiert werden.“ Rosenberg sagte zu, Fabian zu einer „erneuten Aussprache in eine Sitzung des Geschäftsführenden Bundesvorstands zu bestellen. Du kannst versichert sein, daß wir nicht mit unserer Meinung hinter dem Berg halten werden.“

Als Fabian nach dieser Aussprache zurücktrat, führte das zu einer bemerkenswerten öffentlichen Reaktion: Die Solidaritätsbekundungen für ihn füllen einen ganzen Ordner. Anfang Mai 1964 war Fabians Rücktritt rückgängig gemacht - sicher nicht zuletzt aufgrund der Fürsprache des IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner. Allerdings wurde Fabian auferlegt, die Zeitschrift in Zukunft „im gegenseitigen Einverständnis“ mit dem nunmehr namentlich verantwortlichen Herausgeber Rosenberg zu redigieren, wobei bei Meinungsverschiedenheiten die Stimme des Herausgebers den Ausschlag geben sollte. Das führte dazu, daß Fabian die von ihm vorgesehenen Manuskripte vor Drucklegung an den Herausgeber sandte, der sie offenbar meist getreulich und schnell las und kommentierte. Gelegentlich gab er seine Meinung auf

selbstgetippten Blättern kund, manchmal fühlte er sich zu „Gegenartikeln“ animiert.

Wenn dies auch - nicht zuletzt dank gekonnter Umgangsformen - ein modus vivendi gewesen sein mag, so stellte es für Fabian zweifellos eine Beeinträchtigung seiner Arbeit und auch eine politische Niederlage dar. Die Darstellung des wohlinformierten Journalisten Otto Witt, wonach der gewandte und eloquente Rosenberg einen Sieg, die „rosarote Kapelle“, wie eine Gruppe von Gewerkschaftsredakteuren ironisch genannt wurde, die angeblich von Fabian dirigiert wurde, dagegen eine Schlappe erlitten hatte, war wohl zutreffend.

### Der Konflikt von 1970

Im Mai 1969 wurde Heinz Oskar Vetter zum Nachfolger Rosenbergs als DGB-Vorsitzender gewählt. Er setzte die Praxis der Manuskript-Prüfung durch den Herausgeber fort. Offenbar war das Verhältnis zwischen dem liberal denkenden, politisch linken Fabian und dem aus dem konservativ-autoritär geprägten Bergbau stammenden Vetter von Anfang an distanziert. So soll Vetter Artikel für die Zeitschrift bestellt haben, ohne den Chefredakteur zu unterrichten; das Erscheinen anderer verboten haben und sehr früh auf eine Ablösung Fabians gedrungen haben - der allerdings keineswegs in den „Ruhestand“ gehen wollte. Die Kündigung Fabians, die Ende September 1970 zum Jahresende ausgesprochen wurde, mag deshalb für Eingeweihte nicht überraschend gekommen sein. Sie löste allerdings in der Öffentlichkeit einen Sturm des Empörung aus. Was immer auch an Vorgesprächen vorausgegangen sein mag - formal wurde dem damals 68jährigen Fabian vom Bund-Verlag äußerst lapidar seine Entlassung mitgeteilt, die ihm per Brief ins Haus geschickt wurde. „So entläßt ein Kapitalist seine Putzfrauen“ - lautete die Reaktion der IG Druck und Papier, die Fabians Interessen vertrat. Fabian, der auf der Grundlage eines Honorarvertrags arbeitete, war es im Laufe der Jahre nicht gelungen, eine Regelung seiner Alterssicherung zu erzielen. Er stand also - nach dieser Kündigung — ohne ausreichende finanzielle Basis da.

Diese Unmöglichkeit und andere Ungereimtheiten in dem Verfahren trugen dem DGB und insbesondere dessen Vorsitzenden herbe Kritik ein: Friedhelm Porck kommentierte im „Westdeutschen Fernsehen“: „Verlangen ... müßten wir vom DGB, daß er als Arbeitgeber vorbildlich handelt, und wenn es denn schon sein muß, daß er Arbeitsverhältnisse unter honorigen Umständen löst, unter Wahrung der Sozialadäquanz. ... Wer draußen Wein predigt, sollte seine eigenen Mitarbeiter nicht zwingen, brackiges Wasser zu trinken.“ Und Rolf Fischer münzte in der „Frankfurter Rundschau“ den „Fall Fabian“ zum „Fall Vetter“ um. Auch diesmal gingen wieder — wie bereits 1964 - unzählige Solidaritätsbekundungen und Protestbriefe beim DGB ein, die schließlich nur noch mit einem Standardbrief beantwortet werden konnten. Prof. Fritz Baade, einer der Mitautoren des legendären WTB (Woytmski-Tarnow-Baade)-Plans des ADGB zur Beseitigung der Massenarbeitslo-

sigkeit am Ende der Weimarer Republik, schrieb an Vetter: „Ich bin wohl einer der wenigen noch lebenden alten Sozialdemokraten, die die Arbeiterbewegung nicht erst nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern schon in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg miterlebt hat. Ich war mit Lothar Erdmann, der damals die großartige Zeitschrift „Die Arbeit“ herausgab, sehr befreundet und habe selber häufig dort geschrieben. Es war eine Zeitschrift, die in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einen ersten Platz einnahm.“

Infolgedessen habe ich es als ein besonders großes Glück empfunden, daß der DGB in der Person von Walter Fabian einen Mann gefunden hat, der imstande war, die ‚Gewerkschaftlichen Monatshefte‘ auf ein der Zeitschrift ‚Die Arbeit‘ völlig ebenbürtiges Niveau zu bringen. Wenn einmal die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im ganzen 20. Jahrhundert geschrieben wird, so werden beide Zeitschriften dabei ebenbürtig nebeneinanderstehen, und die großen Verdienste Walter Fabians werden in ihrer ganzen historischen Bedeutung beleuchtet werden.“

Die Protestwelle setzte den DGB-Vorsitzenden unter Druck: Er ließ eine „Stellungnahme des DGB zur Lösung des Mitarbeiterverhältnisses des Redakteurs der ‚Gewerkschaftlichen Monatshefte‘, Prof. Walter Fabian“ fertigen, die er am 14. Oktober 1970 an die Mitglieder des DGB-Bundesvorstands sandte. Die „Schlußbemerkung“ der „Stellungnahme“, die versucht nachzuweisen, daß sowohl im Hinblick auf die Altersversorgung als auch auf die Kündigung Fabians korrekt verfahren worden sei und Eingriffe in die Redaktionsarbeiten äußerst selten gewesen seien, lautet: „Der DGB bedauert es, daß in der breiten Öffentlichkeit durch tendenziöse Zweckmeldungen der Eindruck erweckt worden ist, als würde ein langjähriger Mitarbeiter aus politischen Gründen kurzfristig und überraschend seiner Funktion enthoben. Tatsache ist, daß der DGB sich aus rein sachlichen Gründen nach rechtzeitiger und umfassender Information von einem Mitarbeiter trennt, um eine ordnungsgemäße Redaktion der GM auch in Zukunft zu gewährleisten. Die GM bleiben, was sie immer waren, ein Diskussionsorgan.“

Diesmal allerdings verband sich der öffentliche Protest nicht - wie 1964 - mit einer wirksamen innergewerkschaftlichen Solidarität. Der Bundesvorstand des DGB bestätigte die Entlassung Fabians. Immerhin wurde bis zum Ende des Jahres 1970 eine Vereinbarung über eine Altersversorgung Fabians gefunden. In seinem letzten Beitrag für „seine“ Zeitschrift, dem Nachdruck eines Aufsatzes über Ferdinand Lassalle von 1928, nahm Fabian bitter Abschied: „Uns, denen das Prinzip, die Erkenntnis, die historische Konsequenz des Handelns unendlich wichtiger ist als noch so raffiniert erscheinende Taktik, muß der Wahn Lassalles ein neuer Ansporn sein, im Interesse der Arbeiterbewegung, die noch heute auf diesen Bahnen Lassalles wandelt.“